

EU und Armut

Position der Kommission über Armut in Deutschland:

- Die Armut wird trotz Erwerbstätigkeit in Deutschland zunehmend zum Problem (2005: 4,8 %; 2010: 7,2 %) und übersteigt für Zeitarbeitskräfte und Alleinerziehende die jeweiligen EU-Durchschnittswerte.
- Die am stärksten von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Bevölkerungsgruppen sind Arbeitslose (81,5 %), Alleinerziehende (51,3 %), Nichterwerbstätige (38,3 %), Migrantinnen und Migranten aus Nicht-EU-/EFTA-Ländern (30,3 %) und Personen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen (Teilzeit, befristete Verträge und Leiharbeit).
- Das Risiko der sozialen Ausgrenzung wächst vor allem für Langzeitarbeitslose, da sich deren Integration immer schwieriger gestaltet und sie am stärksten armutsgefährdet sind.
- Schwerpunkt: Bereitstellung von Aktivierungs- und Integrationsmaßnahmen: besonders arbeitsmarktfremde Personen – u. a. Personen mit Migrationshintergrund, Menschen mit einer Behinderung und Geringqualifizierte – sollen bei der Steigerung ihres Kompetenzniveaus unterstützt, in den Arbeitsmarkt integriert und ihre Einkommensmöglichkeiten verbessert werden. Darüber hinaus muss Deutschland Langzeitarbeitslosen mehr individuelle Hilfestellung gewähren und die Steigerung der Grund- und Schlüsselkompetenzen benachteiligter Personen (mit schwachem sozioökonomischem Hintergrund) vor allem in benachteiligten Gebieten unterstützen.

Empfehlung: Entwicklung und Umsetzung einer nationalen Strategie zur Reduzierung der Armut

Quelle: [Positionspapier der KOM im Rahmen der Kohäsionspolitik](#)

Aktuelle Zahlen - Eurostat

	2010	2013
Armut und soziale Ausgrenzung - Ziel 2020: um min. 20 Millionen senken		
EU 27 bzw. 28	23,8 %	24,5 %
D	19,7 %	20,3%
F	19,2 %	18,1 %
PL	27,8%	25,8 %
Beschäftigung - Ziel 2020: 75%		
EU 27 bzw. 28	68,5%	68,4 %
D	74,9 %	77,1 %
F	69,3 %	69,6 %
PL	64,3 %	64,9%
Schul- und Ausbildungsabgang - Ziel 2020: unter 10%		
EU 27 bzw. 28	13,9 %	12 %
D	11,9 %	9,9%
F	12,5 %	9,7 %
PL	5,4 %	5,6%

EU-Strategie 2020

Für einen intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstum

- intelligent – durch wirksamere Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation;
- nachhaltig – durch eine entschlossene Ausrichtung auf eine kohlenstoffarme Wirtschaft;
- integrativ – durch die vorrangige Schaffung von Arbeitsplätzen und die Bekämpfung von Armut.

Kern der Strategie sind fünf ehrgeizige Ziele in den Bereichen Beschäftigung, Innovation, Bildung, Armutsbekämpfung und Klima/Energie.

Ziele:

Beschäftigung: 75 % der 20- bis 64-Jährigen sollen in Arbeit stehen.

Bildung: Verringerung der Quote vorzeitiger Schulabgänger auf unter 10 %; Steigerung des Anteils der 30- bis 34-Jährigen mit abgeschlossener Hochschulbildung auf mindestens 40 %.

Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung

Die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen oder bedrohten Menschen soll um mindestens 20 Millionen gesenkt werden.

Sozialindikatoren:

- Beschäftigung
- Bildung: Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger und Hochschule
- Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Personen

Europäisches Semester

Steuerung mit Nationalen Reformprogrammen und Empfehlungen der KOM und des Rates.

Reformprogramm und Empfehlungen für Deutschland 2014: http://ec.europa.eu/europe2020/making-it-happen/country-specific-recommendations/index_de.htm

Empfehlung des Rates (Juni 2014):

- mehr und effizientere öffentliche Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Forschung erfolgen
- Die Kosteneffizienz der öffentlichen Ausgaben für Gesundheitswesen und Pflege zu steigern
- die Bedingungen zur weiteren Stärkung der Inlandsnachfrage verbessert, u. a. durch die Verringerung der hohen Steuer- und Sozialabgaben, insbesondere für Geringverdiener; bei der Umsetzung des allgemeinen Mindestlohns dessen Wirkung auf die Beschäftigung beobachtet; die Vermittelbarkeit von Arbeitnehmern verbessert, indem das Bildungsniveau benachteiligter Gruppen weiter erhöht wird und auf dem Arbeitsmarkt ehrgeizigere Aktivierungs- und Wiedereingliederungsmaßnahmen durchgeführt werden, insbesondere für Langzeitarbeitslose; Maßnahmen zum Abbau fiskalischer Fehlanreize, insbesondere für Zweitverdiener, ergreift und die Umwandlung von Minijobs in voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsformen erleichtert; regionale Engpässe bei der Verfügbarkeit von ganztägigen Kinderbetreuungseinrichtungen und Ganztagschulen in Angriff nimmt und gleichzeitig deren allgemeine Bildungsqualität verbessert

Arbeitsunterlagen der KOM (Juni 14)

Wenngleich der Mindestlohn Lohn disparitäten abbauen könnte, bleibt seine Wirkung auf die Ungleichheit der Haushaltsnettoeinkommen und die Armut möglicherweise geringer als erwartet.

Altersarmut: Zwar ist die Altersarmut in Deutschland nicht sehr ausgeprägt, doch bestehen Risiken, dass insbesondere die Ausweitung des Niedriglohnsektors in den kommenden Jahrzehnten zu einem Anstieg der Altersarmut führen wird.

Kinderbetreuung: Der Anteil der Kinder unter drei Jahren, die Betreuungseinrichtungen besuchen, liegt bei 29,3 %, so dass Deutschland weder das Barcelona-Ziel noch das nationale Ziel (33 % bzw. 39 %) erreicht hat. Kinder mit

Migrationshintergrund nehmen die Angebote der frühkindlichen Bildung und Betreuung tendenziell weniger in Anspruch. Während die Anzahl der Kinderbetreuungseinrichtungen rasch gewachsen ist, sollte auch ihre Qualität verbessert werden, etwa durch einen besseren Betreuungsschlüssel, die Anhebung des Qualifikationsniveaus des Personals und verlängerte Öffnungszeiten.

Bildung: Die sozial bedingte Bildungsbenachteiligung hat im letzten Jahrzehnt abgenommen, bleibt aber signifikant, insbesondere bei Menschen mit Migrationshintergrund.

National Reformprogramm

- Da Langzeiterwerbslosigkeit ein wesentliches Risiko für Armut und soziale Ausgrenzung birgt, (...), ist die weitere Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit ein Schwerpunkt der Arbeitsmarktpolitik.
- Die qualitativen Ziele Deutschlands im Bereich der Verringerung von Armut und sozialer Ausgrenzung beziehen sich weiterhin vor allem auf die Zielgruppen Kinder, Jugendliche, Frauen, Alleinerziehende, Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen.
- Ziel ist, die sozialen und ökonomischen Teilhabechancen der benachteiligten Personengruppen zu verbessern. Dazu sollen u.a. die Chancen für Bildung und gesellschaftliche Teilhabe sowie für die Integration in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt verbessert werden.
- Über diese und weitere Maßnahmen der Bundesregierung und der Länder zur sozialen Eingliederung und der Bekämpfung von Armut berichtet ausführlicher der Nationale Sozialbericht (NSB) 2014.
- Soziale Eingliederung vor allem durch die Verringerung von Armut fördern: Erwerbsminderungsrente und Koordinierungsstellen Migration und Teilhabe in Niedersachsen. Einrichtung von landesweit 48 Koordinierungsstellen Migration und Teilhabe zur Verbesserung chancengerechter Partizipation von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Die Koordinierungsstellen dienen auch der Unterstützung von regionalen Netzwerken arbeitsmarktrelevanter Akteurinnen und Akteure, die Beratungsangebote in Fragen von Arbeitsmarkt und Erwerbsleben durchführen und bekannt machen, insbesondere niedrigschwellige Angebote im sozialen Nahraum bereitstellen

Jahreswachstumbericht

Jedes Jahr präsentiert die Kommission im November die Prioritäten in dem Jahreswachstumbericht.

[Jahreswachstumbericht 2015](#) (Nov. 14):

- Im August 2014 waren 24,6 Millionen Menschen arbeitslos – davon 5 Millionen im Alter von 15 bis 24 – und die Langzeitarbeitslosigkeit ist sehr hoch. Die Arbeitslosenquoten in den einzelnen Mitgliedstaaten sind sehr unterschiedlich und reichen von 5,1 % in Deutschland und 5,3 % in Österreich bis zu 24,8 % in Spanien und 26,8 % in Griechenland (2014).
- Schwache Investitionstätigkeit hemmt wirtschaftliche Erholung Europas

Strukturreform auf der Ebene der Mitgliedsstaaten:

- Stärkung der Dynamik auf den Arbeitsmärkten und Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit
- Rentenreform
- Modernisierung der Sozialschutzsysteme
- Höhere Flexibilität der Waren- und Dienstleistungsmärkte.
- Bessere Rahmenbedingungen für Unternehmensinvestitionen.
- Verbesserung der Investitionen in Forschung und Innovation
- Eine effizientere öffentliche Verwaltung

European Platform Against Poverty (EPAP)

Die [Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung](#) gehört zu den sieben Leitinitiativen der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. Die Plattform soll die EU-Länder bei der Verwirklichung eines der Kernziele der Strategie unterstützen: 20 Millionen Menschen aus Armut und sozialer Ausgrenzung herauszuhelfen. Die Plattform wurde 2010 ins Leben gerufen und wird bis 2020 bestehen.

Die Plattform beruht auf fünf Aktionsbereichen:

- **Maßnahmen in allen Politikbereichen** wie Arbeitsmarkt, Mindesteinkommen, [Gesundheitsversorgung](#), Bildung, [Wohnraum](#) und Eröffnung von [Basiskonten](#).
- **Bessere Nutzung der EU-Fonds zur Förderung der sozialen Inklusion.** Die Kommission hat vorgeschlagen, 20 % der Mittel aus dem [Europäischen Sozialfonds](#) für die Bekämpfung der Armut und sozialen Ausgrenzung vorzusehen.
- **Verbesserung** der Faktenlage, um die Wirksamkeit **sozialer Innovationen** vor der allgemeinen Umsetzung zu prüfen.
- **Verstärkung der Partnerschaft mit der Zivilgesellschaft**, um die Umsetzung von Sozialreformen wirksamer zu unterstützen. Die Teilhabe von Menschen, die unter Armut leiden, ist für die Umsetzung der Eingliederungspolitik von zentraler Bedeutung.
- **Bessere politische Abstimmung unter den EU-Ländern** durch die [offene Koordinierungsmethode für Sozialschutz und soziale Eingliederung](#) (OKM Soziales) und den [Ausschuss für Sozialschutz](#).

Jährlich findet ein Konvent der EPAP im Herbst statt. Es gibt Vorträgen, Podiumsdiskussion, Workshops mit ca. 700 Teilnehmer-innen aus Europa.

Der IB kann sich im Jahr 2015 anmelden, es findet auf EN mit vielen Übersetzungen auf DE statt.

4. Konvent EPAP Nov 2014 in Brüssel

Martin Schulz Präsident PARL:

Steuer und Sparprogramme -> Prekarität. Wir brauchen ein Investitionsplan, strukturelle Reformen. Soziale Indikatoren mehr Aufmerksamkeit schenken (Europ. Semester)

Marianne Thyssen (Kommissarin für Beschäftigung, Soziales, Skills und Arbeitsmobilität)

Priorität: Jobs (Quantität und Qualität), Sozialer Schutz

Die Sozialindikatoren im Rahmen des europ. Semester sollten auf die gleiche Stelle wie die Wirtschaftsindikatoren sein.

Themen der Workshops:

- Das europäische Semester
- Unterkunftssicherheit durch Prävention von Räumungen
- Integrierte Sozialleistungen und Dienstleistungen
- Sozialer Schutz für Betreuung/Pflege
- Gender: Beschäftigung, Löhne und Rente
- Energie und Armut
- Soziale Investition
- Finanzinklusion

Förderungen

EU-Kohäsionspolitik (2014-2020)

Der [Europäische Sozialfonds](#) (ESF) investiert in Menschen. Sein Schwerpunkt liegt auf der Verbesserung der Beschäftigungs- und Bildungschancen in der Europäischen Union. Außerdem verfolgt er das Ziel, die Lage hilfsbedürftiger Menschen zu verbessern, die von Armut bedroht sind.

Im Zeitraum 2014-2020 wird sich der ESF auf vier thematische Ziele der Kohäsionspolitik konzentrieren:

- Förderung der Beschäftigung und der Mobilität der Arbeitskräfte
- Förderung der sozialen Eingliederung und Bekämpfung der Armut
- Investitionen in Bildung, Qualifikationen und lebenslanges Lernen
- Verbesserung der institutionellen Kapazitäten und effiziente öffentliche Verwaltung

Der Europäische Sozialfonds in Deutschland

Auf Bundesebene konzentriert sich der ESF auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Förderung von Unternehmensgründungen, während in den Bundesländern junge Menschen, berufliche Qualifizierung und Bildung im Vordergrund stehen. Alle ESF-Programme verfolgen das Ziel, mehr Arbeitsuchende in Beschäftigung zu bringen und ihnen die Kompetenzen zu vermitteln, mit denen sie zu Nutznießern künftigen Wachstums werden können.

Schwerpunkt: Beitrag zur Sicherung des Fachkräftebedarfs leisten sowie die soziale Inklusion fördern und Armut bekämpfen. Weitere Schwerpunkte bilden die Förderungen von Selbständigkeit, die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben sowie die Verbesserung des Bildungsniveaus und lebenslanges Lernen.

Die thematischen Ziele:

- A: Förderung nachhaltiger und hochwertiger Beschäftigung und Unterstützung der Mobilität der Arbeitskräfte
- B: Förderung der sozialen Inklusion und Bekämpfung von Armut und jeglicher Diskriminierung
- C: Investitionen in Bildung, Ausbildung, und Berufsbildung für Kompetenzen und lebenslanges Lernen

Hauptzielgruppen sind benachteiligte junge Menschen, insbesondere auch ohne Schul- und Berufsabschluss, Langzeitarbeitslose, Frauen und Erwerbstätige, insbesondere solche mit geringer Qualifikation oder geringen Einkommen, sowie Personen mit Migrationshintergrund, v. a. in schwierigen Lebenslagen (z. B. Flüchtlinge).

Mehr dazu: <http://ec.europa.eu/esf/main.jsp?catId=375&langId=de>
www.esf.de

Europäischer Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen

Dieser Hilfsfonds unterstützt die EU-Länder bei der Bereitstellung materieller Unterstützung für die am stärksten benachteiligten Personen. Dies umfasst Nahrungsmittel, Bekleidung und andere für den persönlichen Gebrauch bestimmte Dinge wie Schuhe, Seife und Shampoo.

Für 2014–2020 sind effektiv über 3,8 Milliarden Euro für den Hilfsfonds vorgesehen.

Wie funktioniert der Hilfsfonds?

Die Kommission genehmigt die nationalen Programme für 2014–2020, auf deren Grundlage nationale Behörden über ihre mittels Partnerorganisationen (oft Nichtregierungsorganisationen) durchgeführten Hilfsmaßnahmen entscheiden. Ein ähnlicher Ansatz wird bereits für den Kohäsionsfonds verwendet.

Die EU-Länder können ausgehend von ihrer jeweiligen Situation entscheiden, welche Art von Hilfe sie leisten möchten (Nahrungsmittel oder materielle Basisunterstützung oder eine Kombination aus beidem) und wie die Anschaffung und Verteilung organisiert wird.

Wie werden Partnerorganisationen ausgewählt?

Die Partnerorganisationen sind öffentliche Stellen oder Nichtregierungsorganisationen, die von den Behörden des jeweiligen Landes nach auf nationaler Ebene festgelegten objektiven und transparenten Kriterien ausgewählt werden.

Mehr dazu: <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1089&langId=de>

Überschuldung

Es gibt keine europäische Definition.

Studie über die Überschuldung in den europäischen Haushalten: aktuelle Situation, Gründe, Auswirkung und Initiativen, um die Auswirkungen zu mindern (Veröffentlichung 2014)

Sprache: EN

http://ec.europa.eu/consumers/financial_services/reference_studies_documents/docs/part_1_synthesis_of_findings_en.pdf

http://ec.europa.eu/consumers/financial_services/reference_studies_documents/docs/part_2_synthesis_of_findings_en.pdf

Laut ECDN (Siehe weiter) gibt es 5 Schwerpunkte für die Politik

- Überschuldung ist komplex, hat verschiedene Facetten, ist ein soziales Phänomen, mit einer Kombination von verschiedenen Faktoren
- Es fehlt an Daten
- Es gibt soziale und wirtschaftliche Vorteile für die Mitgliedsstaaten.
- Es fehlt an mehr-dimensionalen und integrativen politischen Antworten
- Das politische Ziel sollte Prävention und Lösung zu sein, und nicht nur Minderung od. Management

European Consumer Debt Network (ECDN)

Das [European Consumer Debt Network \(ECDN\)](#) ist ein europäisches Netzwerk für die Bekämpfung und Prävention der Überschuldung und finanzielle Ausgrenzung.

Mit dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuß und dem European Financial Inclusion Network (EFIN) organisierte ECDN eine Konferenz über überschuldete Haushalte im Dezember 2014 in Brüssel. Mehr dazu: <http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.events-and-activities-household-over-indebtedness>

DG Konsum und Justiz

Es gibt exogene Gründen (externe Faktoren) und endogene Gründen (wir haben Einfluss). Die exogenen Gründe sind wichtiger, als die endogenen Gründe.

Abmilderungswege:

- Schuldnerberatung (das Wirksamste, durch 1 € investieren spart die Gesellschaft 3 €)
- Konkrete Unterstützung bei der Rückzahlung
- Formelle und informelle Vermittlung

Richtlinie Bankkonto (Juli 2014)

Für den Verbraucher ist ein Bankkonto unverzichtbar. Es ist daher notwendig, sicherzustellen, dass jeder Bürger in der Europäischen Union (EU) Zugang zu einem Bankkonto hat und Verbraucher befähigt werden, genau diejenigen Produkte auszuwählen, die am besten zu ihnen passen.

- Recht ALLER Verbraucher zu einem Bankkonto, auch für Asylbewerber, Personen ohne feste Adresse.
- Kostenlose bzw. kostengünstige Gebühren
- Genügende Kreditinstitute bieten ein Basiskonto an

Umsetzung bis Sept 16.

[„Richtlinien über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontoentgelten, den Wechsel von Zahlungskonten und den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen“](#)

Schuldnerberatung (Eurodiaconia DK)

- Vertrauliche Beratung
- Fachkräften mit vielen Kompetenzen (Wirtschaft, Bank, Rechte...)
- Online-Beratung für junge Personen (unter 30 Jahre alt), anonym, es gibt einen Bedarf aber die betroffenen Personen geben es nicht zu.
- Zusammenarbeit mit Banken, Kanzlei für die Beratung
- Nach dem Recht zu einem Bankkonto sollte auch ein Recht auf Schuldnerberatung geben.

Kinderarmut

Die Sozialdemokratische Fraktion im EU-Parlament wird sich 2015 dem Thema Kinderarmut widmen. Garantie gegen Kinderarmut cf Jugendgarantie

Kampagne der Volkshilfe (Österreich): [Jedem Kind alle Chancen!](#)

- Sicherung des Lebensunterhaltes für Familien mit Kindern
- Schaffung eines integrativen Bildungssystems, das auf die Stärken ALLER Kinder ausgerichtet ist
- Umfangreiche Forschungsarbeit zur Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen

Reference Budget

Die Kommission hat Referenzbudgets als Instrument vorgeschlagen, das die Mitgliedsstaaten dabei unterstützen soll.

Pilotprojekt Entwicklung einer gemeinsamen Methode über Referenzbudget (2014-2015)

Für die KOM-Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Inklusion

Ziel: eine gemeinsame Methode entwickeln, verschiedene Verfahren untersuchen, um vergleichbare Referenzbudgets in der EU zu entwickeln.

Referenzbudgets für drei Haushalte: Single, Ein Erwachsene mit 2 Kindern, 2 Erwachsene mit 2 Kindern) in Regionen der EU-Hauptstädte. In dem Referenzbudget sind sowohl Warne als auch Leistungen für ein adäquates Lebensstandard.

Themen: Ernährung, Unterkunft, Gesundheit, Kleider, Freizeit, Sicherheit für Kinder, Beziehung, Mobilität, Lebenslanges Lernen

Zielgruppe: gesunde Person, ohne Behinderung, in Städte.

Mehr zu dem Projekt: <http://www.referencebudgets.eu/>

Veröffentlichung:

Das Dokument gibt einen Überblick der Referenzbudgets in den Mitgliedstaaten.

Es fasst die relevante Literatur zusammen und stellt die Ergebnisse der Untersuchung über Referenzbudget in den 28 Mitgliedstaaten vor. Zusätzlich werden die Vor- und Nachteile eines Referenzbudgets dargestellt. Schließlich werden verschiedene Kriterien für ein stichhaltiges und nützliches Referenzbudget vorgeschlagen.

http://www.referencebudgets.eu/budgets/images/ref%20budgets_d1_literature%20review_final.pdf

SOLIDAR

Gemeinsamer Positionspapier für einen universellen und umfassenden sozialen Schutz von SOLIDAR mit Brot für die Welt und der Friedrich-Ebert-Stiftung: [Winning the Fight against Poverty and Inequality](#) (Dez. 14)

EU-Parlament

Ausschuß Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL)

<http://www.europarl.europa.eu/committees/de/empl/home.html#menuzone>

Präsentation

Der Ausschuss ist zuständig für:

1. die **Beschäftigungspolitik** und alle Aspekte der **Sozialpolitik**, einschließlich Arbeitsbedingungen, sozialer Sicherheit, **sozialer Inklusion** und sozialen Schutzes;
2. Arbeitnehmerrechte;
3. Maßnahmen für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz;
4. den **Europäischen Sozialfonds**;
5. die Politik auf dem Gebiet der **Berufsausbildung**, einschließlich **beruflicher Qualifikationen**;

6. die Freizügigkeit der Arbeitnehmer und Rentner;
7. den **sozialen Dialog**;
8. alle Formen der **Diskriminierung am Arbeitsplatz und auf dem Arbeitsmarkt**, ausgenommen die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts;
9. die Beziehungen zu folgenden Einrichtungen:
 - das **Europäische Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (Cedefop)**,
 - die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen,
 - die **Europäische Stiftung für Berufsbildung** (*European Training Foundation*),
 - die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz;
 sowie die Beziehungen zu anderen einschlägigen Einrichtungen der Union und internationalen Organisationen.

119 MEP

Name	Dte Partei	Sonstiges
Thomas HÄNDEL	DIE LINKE	thomas.haendel@europarl.europa.eu
Arne GERICKE	Familien-Partei Deutschlands	arne.gericke@europarl.europa.eu
Terry REINTKE	Bündnis 90/Die Grünen	Gelsenkirchen www.terryreintke.eu terry.reintke@europarl.europa.eu
Sven SCHULZE	CDU	Sachsen-Anhalt www.schulze-europa.de/ sven.schulze@europarl.europa.eu
Jutta STEINRUCK	SPD	Ludwigshafen http://jutta-steinruck.de/ jutta.steinruck@europarl.europa.eu
Ulrike TREBESIUS	Alternative für Deutschland	ulrike.trebesius@europarl.europa.eu
Elmar BROK	CDU	Bielefeld http://www.elmarbrok.de/ elmar.brok@europarl.europa.eu
Ingeborg GRÄSSLE	CDU	Heidenheim (BW) http://www.inge-graessle.eu/ ingeborg.graessle@europarl.europa.eu
Thomas MANN	CDU	Schwalbach (Hessen) www.mann-europa.de/ thomas.mann@europarl.europa.eu
Dieter-Lebrecht KOCH	CDU	Weimar http://dieter-l-koch.de dieter-lebrecht.koch@europarl.europa.eu
Joachim SCHUSTER	SPD	joachim.schuster@europarl.europa.eu
Birgit SIPPEL	SPD	Soest (NRW) http://www.birgitsippel.de birgit.sippel@europarl.europa.eu
Gabriele ZIMMER	DIE LINKE.	Weimar http://www.gabizimmer.eu/ gabriele.zimmer@europarl.europa.eu